Verbraucherzentrale Südtirol
Centro Tutela Consumatori Utenti
Die Stimme der VerbraucherInnen
La voce dei consumatori

Verbraucherzentrale Südtirol

Zwölfmalgreiner Straße 2
39100 Bozen
Tel. 0471 975597
info@verbraucherzentrale.it

Energie: Verbraucherverbände setzen sich für die Förderung erneuerbarer Energien ein und fordern ein Ende der Teuerung, der steigenden Zinsen und der hohen Energiepreise.

Fr, 17.03.2023 - 08:41

Im CNEL soll ein Verbraucherrat eingesetzt werden.

Vorschlag der Verbände an Minister Urso: 500 Verbraucherschalter in ganz Italien sollen von nun an ein Netzwerk bilden und den Verbraucher:innen Hilfe anbieten.

Anlässlich des Weltverbrauchertages wurde im Ministerium für Unternehmen und Made in Italy im Rahmen der Veranstaltung "Verbraucher und Energiewende" die zentrale Stellung des Menschen bekräftigt: Der Bürger/Verbraucher ist das wesentliche Subjekt jeder Entscheidung, seine Bedürfnisse und Erwartungen stehen im Mittelpunkt. Dies wurde von Minister Adolfo Urso hervorgehoben und von MIMIT-Unterstaatssekretär Massimo Bitonci und dem Präsidenten der Zehnten Kommission Gusmeroli, dem Erstunterzeichner des Gesetzesvorschlags für die Verfassungsreform der Verbraucherrechte, bestätigt. Die Verbraucherverbände begrüßten die Initiative und forderten alle Mehrheits- und Oppositionsparteien auf, das Reformgesetz zu unterstützen, und bekräftigten die Notwendigkeit, fast 25 Jahre nach dem ersten Gesetz zur Regelung der Verbraucherrechte eine Strukturreform der Vertretung und des nationalen Verbraucherbeirats CNCU zu beschleunigen.

Angesichts der steigenden Inflation und insbesondere der Preissteigerungen bei Konsumgütern sowie bei Energie und Kraftstoffen ist es dringender denn je, dass die neu geschaffene Preiswarnkommission so bald wie möglich ihre Arbeit aufnimmt. Die Verbände fordern, dass den Energie-Gemeinschaften für erneuerbare Energien gewidmet wird; die Regierung hat dem zugestimmt. Dies auch, um Anreize für den Übergang zu grünen Energiequellen zu schaffen und den Familien zu helfen, ihre Rechnungen zu senken.

Gerade wegen der hohen Energierechnungen wurde eine Verlängerung der aktuellen Maßnahmen der Regierung (Abschaffung der Systemkosten und Senkung der Mehrwertsteuer auf 5% für Gas), die am 31. März 2023 auslaufen, gefordert, da der Abwärtstrend bei Energie- und Gaspreisen noch nicht

ausreicht, um die Rechnungspreise wieder auf ein erträgliches Niveau für die Familien zu bringen.

Der nationale Verbraucherbeirat (CNCU) hat der Regierung heute im Rahmen der Veranstaltung "Verbraucher und Energiewende" ein Projekt zur Förderung der Energiewende und der erneuerbaren Energiegemeinschaften vorgestellt: Durch die Einrichtung von 500 Schaltern in ganz Italien in den Regionalbüros der Verbraucherverbände soll ein "Netzwerk" geschaffen werden, Informationskampagnen für die Bürger:innen sowie Schulungsmaßnahmen für Fachleute und Verwaltungsangestellte durchgeführt und dadurch die Gründung von Vereinigungen zwischen Bürgern, kleinen/mittleren Unternehmen, Betrieben und öffentlichen Verwaltungen zum Zweck der Selbsterzeugung und des Austauschs von Energie aus erneuerbaren Quellen erleichtert werden.

Der Klimawandel und die schädliche Nutzung fossiler Brennstoffe können durch die Energiewende und durch Energiegemeinschaften, in denen der Verbraucher die Rolle des "Prosumenten" übernimmt - d.h. des Erzeugers und Nutzers erneuerbarer Energien, der seinen eigenen Verbrauch und damit den Strommarkt steuern kann - aufgehalten und überwunden werden, erklären die Verbände. Der rechtliche Rahmen muss eine solide Grundlage für die wirtschaftlichen Anreize schaffen, welche die Gründung von Energie-Gemeinschaften und die Nutzung grüner Energie stärken: Das Dekret des Umweltministers über die wirtschaftlichen Anreize, das derzeit auf grünes Licht der EU wartet, die PNRR-Maßnahme zur Finanzierung der Energiegemeinschaften und der Art. 31 des gesetzvertretenden Dekrets 199/21, welches die Beteiligung aller Verbraucher an den Gemeinschaften für erneuerbare Energien vorsieht, einschließlich der einkommensschwachen und schutzbedürftigen Verbraucher, und zwar durch die Bereitstellung von Maßnahmen und eines speziellen Fonds.